

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
(17. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Omid Nouripour, Josef Philip Winkler, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/6787 –**

UN-Wanderarbeiterkonvention endlich ratifizieren

A. Problem

Mit ihrem Antrag will die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erreichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, die UN-Wanderarbeiterkonvention zu unterzeichnen und dem Deutschen Bundestag zur Ratifikation vorzulegen. Innerhalb der EU sollte man sich für die Ratifikation einsetzen, da somit die menschenrechtliche Komponente der EU-Migrationspolitik gestärkt werden könne. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erläutert, Migrantinnen und Migranten brauchten einen umfassenden Schutz der Internationalen Staatengemeinschaft, da sie aufgrund ihrer spezifischen Lage häufiger Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt seien.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/6787 abzulehnen.

Berlin, den 18. Juni 2008

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Holger Haibach
Berichterstatter

Christoph Strässer
Berichterstatter

Florian Toncar
Berichterstatter

Michael Leutert
Berichterstatter

Volker Beck (Köln)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Holger Haibach, Christoph Strässer, Florian Toncar, Michael Leutert und Volker Beck (Köln)

I. Überweisung und Mitberatung

Der Antrag auf **Drucksache 16/6787** wurde in der 136. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Januar 2008 dem **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** zur federführenden Beratung sowie dem **Innenausschuss**, dem **Ausschuss für Arbeit und Soziales**, dem **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** und dem **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit ihrem Antrag will die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erreichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, die UN-Wanderarbeiterkonvention zu unterzeichnen und dem Deutschen Bundestag zur Ratifikation vorzulegen. Innerhalb der EU sollte man sich für die Ratifikation einsetzen, da somit die menschenrechtliche Komponente der EU-Migrationspolitik gestärkt werden könne. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erläutert, Migrantinnen und Migranten brauchten einen umfassenden Schutz der Internationalen Staatengemeinschaft, da sie aufgrund ihrer spezifischen Lage häufiger Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt seien.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will ferner erreichen, dass auch schon vor der Ratifizierung die Menschenrechte von Migrantinnen und Migranten in alle menschenrechtlichen Staatsberichtsverfahren systematisch einbezogen werden. Es soll eine Informationspflicht aller staatlichen Stellen eingeführt werden, durch die Migrantinnen und Migranten unabhängig von ihrem rechtlichen Aufenthaltsstatus über ihre Rechte informiert werden. Zudem soll die Bundesregierung ihren Verpflichtungen aus menschenrechtlichen Verträgen nachkommen und die sozialen Rechte am Arbeitsplatz aller in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Menschen, auch illegaler Migrantinnen und Migranten, schützen und sicherstellen, dass alle Kinder, unabhängig ob sie legal oder illegal in der Bundesrepublik Deutschland leben, einen Zugang zu Grundschulen und weiterführenden Schulen haben. In allen Bundesländern müsse gesetzlich klargestellt werden, dass keine Meldepflicht der Schulen an die Ausländerbehörden bestehe. Menschenrechtsverletzungen an Migrantinnen und Migranten müssten in einer zentralen Beratungs- und Dokumentationsstelle dokumentiert werden.

In ihrer Begründung verweist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf, dass die Wanderarbeiterkonvention nicht über den durch andere menschenrechtliche Verträge garantierten Schutz von Migrantinnen und Migranten hinausgehe und keine Anreize zur irregulären Migration schaffe. Sie erkenne lediglich an, dass auch Irreguläre unveräußerliche Menschenrechte haben, die ein Staat achten müsse.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag am 28. Mai 2008 in seiner 68. Sitzung beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag am 28. Mai 2008 in seiner 88. Sitzung beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag am 4. Juni 2008 in seiner 65. Sitzung beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag am 4. Juni 2008 in seiner 64. Sitzung beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratung im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage in seiner 62. Sitzung am 4. Juni 2008 und in seiner 63. Sitzung am 18. Juni 2008 beraten.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte, man könne keinen guten Grund nennen, warum die Konvention nicht ratifiziert werde.

Als Ergebnis der Beratung hat der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Bundestagsdrucksache 16/6787 abzulehnen.

Berlin, den 18. Juni 2008

Holger Haibach
Berichterstatter

Christoph Strässer
Berichterstatter

Florian Toncar
Berichterstatter

Michael Leutert
Berichterstatter

Volker Beck (Köln)
Berichterstatter

